



Arztpraxis für Geflüchtete

Reportage aus Berlin über medizinische Versorgung im Asylheim. Seite 9

Foto: 123rf/ozaiachin

Freibier und Krieg

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik lud zum Frühschoppen ein. Seite 13

Recht auf eigene Saat

Weltweit finden Kämpfe der Saatgutbewegung statt. Seite 18

Foto: 123rf/elenathewise

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Bundesausgabe 1,80 € www.neues-deutschland.de

Mittwoch, 29. Juni 2016

71. Jahrgang/Nr. 150

STANDPUNKT

Das reicht nicht!

Fabian Lambeck über den neuen Mindestlohn

Als der Mindestlohn 2015 eingeführt wurde, war bereits klar, dass es auf lange Sicht nicht bei den 8,50 Euro pro Stunde bleiben würde, auf die man sich nach zähem Ringen als Lohnuntergrenze verständigt hatte. Um zukünftige Anpassungen nicht allein dem Gesetzgeber zu überlassen, schuf man die Mindestlohnkommission, in der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter zusammensitzen und die Untergrenze aushandeln sollten. Die paritätische Besetzung des Gremiums und die Vorgabe, dass sich Erhöhungen an den Tarifabschlüssen orientieren müssen, garantieren, dass Steigerungen moderat ausfallen. Der am Dienstag veröffentlichte Beschluss des Gremiums zeigt das in aller Deutlichkeit: Um ganze 34 Cent soll der Mindestlohn im kommenden Jahr zulegen – auf dann 8,84 Euro.

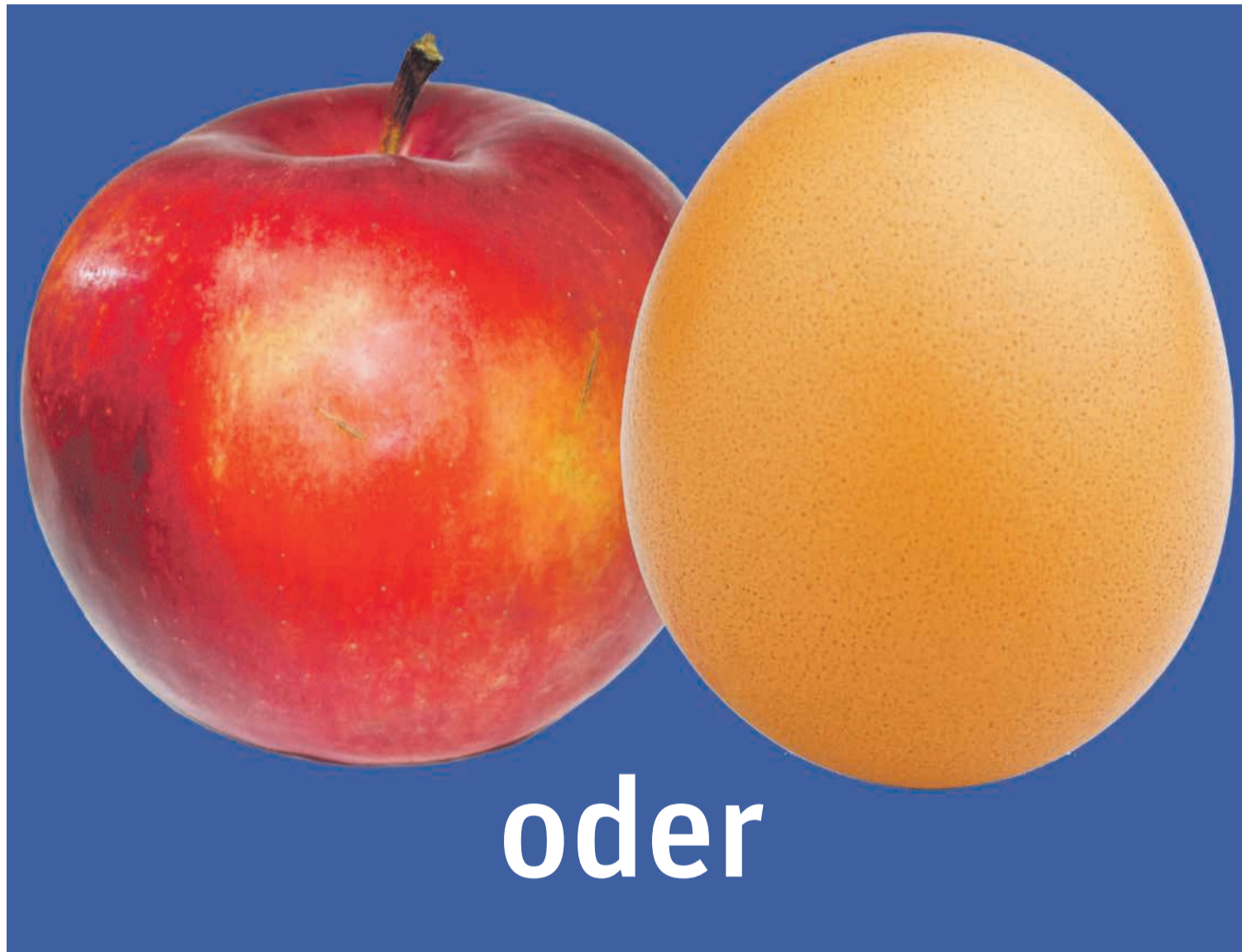
Dass hier noch Spielraum gewesen wäre, belegt der Umstand, dass die Erhöhung im Gremium unumstritten war und einstimmig beschlossen wurde. Friedliche Koexistenz ist die Grundlage jeder internationalen Friedensordnung, aber in Tarifaueinandersetzungen darf es ruhig ein bisschen ruppiger zugehen. Gern darf eine Seite auch mal mit Maximalforderungen in die Verhandlungen gehen und auf diesen beharren. Dann wäre das Ergebnis auch ein anderes gewesen. Denn 8,84 Euro sind zu wenig. Dieser Stundenlohn verhindert keine Altersarmut. Dafür müsste die Lohnuntergrenze bei 12 Euro liegen. Dass diese magische Grenze noch in diesem Jahrzehnt erreicht wird, muss angesichts der mageren 34 Cent bezweifelt werden.

UNTEN LINKS

Sicherlich sind auch Sie in den letzten Tagen mindestens einmal in die Situation gekommen, eine mitreißende **Europarede** halten zu müssen. Brexit und so, Sie wissen schon. Natürlich hat man so einen Vortrag nicht immer formuliert dabei. Was viele aber nicht wissen: Europareden sind total einfach, sie sind der Fertigung unter den Politikerreden! Ein bisschen Instanzzeug zusammenrühren – das war's. Wichtig ist eigentlich nur, mindestens dreimal zu betonen, dass es ein »Weiter so« nicht geben darf. Auch die Worte »Mehrwert«, »spürbar«, »Familie« und »Friedensprojekt« können Sie in beliebiger Reihenfolge benutzen. Wenn Sie die EU eher doof finden, sagen Sie einfach in jedem zweiten Satz »Bürokratie« und »Brüssel«. Wenn Sie nicht so viel gegen die EU haben, können Sie sich mit »Zukunft«, »Wohlfahrt« und »Binnenmarkt« zu erkennen geben. Versuchen Sie es doch mal bei Ihrem Nachbarn! Aber versuchen Sie bitte nicht, Europa in seinem »Herzen zu verankern«. Das könnte wehtun. *tos*

Mindestlohn steigt um 34 Cent

Ausnahmen für Langzeitarbeitslose zeigten nicht die gewünschte Wirkung



Fotos: 123rf/antonufimes/photoshoklinik, Montage: nd

Berlin. »Für 'n Appel und 'n Ei« reicht es wohl nicht, was die Mindestlohnkommission am Dienstag vorgelegt hat – eher für einen Apfel oder ein Ei, wenn es gute Ware ist. Auf 8,84 Euro brutto pro Stunde soll der gesetzliche Mindestlohn zum 1. Januar 2017 steigen, um satte 34 Cent. Es ist die erste Erhöhung der gesetzlich festgelegten Lohnuntergrenze seit deren Einführung Anfang 2015.

Die neunköpfige Mindestlohnkommission setzt sich zusammen aus je drei VertreterInnen aus Gewerkschaften und Unternehmensverbänden sowie zwei nicht stimmberechtigten WissenschaftlerInnen und dem Vorsit-

zenden. Ihre gesetzlich festgelegte Aufgabe ist es, die Höhe des Mindestlohnes zu ermitteln – und zwar so, dass einerseits die Werkstätigen genug verdienen für ihre Arbeit, andererseits aber der Wettbewerb keinen Schaden nimmt und auch keine Arbeitsplätze gefährdet werden.

Letzteres ist zumindest entgegen aller Prognosen von wirtschaftsnahen Forschungsinstituten nicht geschehen. Der Mindestlohn hat keine Jobs zu Hunderttausenden vernichtet. Belastbare Untersuchungen über die längerfristigen Auswirkungen des Mindestlohnes gibt es 18 Monate nach des-

sen Einführung noch nicht. Doch eines ist auch klar geworden: Die Ausnahme für Langzeitarbeitslose, die sechs Monate unterhalb von 8,50 Euro arbeiten konnten, hat nicht dazu geführt, mehr von ihnen in den ersten Arbeitsmarkt zu holen. Während die Gewerkschaften darum die Abschaffung dieser Ausnahme fordern, wollen Unternehmer sie noch verlängern. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) will die Ausnahmeregelung dagegen abschaffen.

Politiker von Grünen und LINKEN kritisieren, dass die Lohnuntergrenze bei unter neun Euro bleibt. *jme* Seite 5

Scheidungsstreit um Trockenobst

Die Europäische Union warnt Großbritannien vor allzu langer Taktiererei beim Brexit

Europa versucht sich auch vier Tage nach dem Brexit-Votum neu zu sortieren. Festzustehen scheint: Der Austritt soll schnell gehen. Davon sollen nun auch die Briten überzeugt werden.

Von Markus Drescher

Beim Fußball ging es ja dann doch schnell, dass sich England von der Europameisterschaft in Frankreich verabschiedet. Bei so einem Turnier sind die Regeln und Zeitabläufe aber auch glasklar. Wer in der K.o.-Runde verliert, ist raus, gleich nach dem Abpfiff. So klar stellt sich die Lage beim Brexit nicht dar, was Europas Politiker dazu animiert, unterschiedliche Szenarien in die Welt zu setzen. Eine Haltung aber, die sehr vielen zu eigen ist: Härte zeigen.

Am Rande des EU-Gipfels in Brüssel, der am Dienstagabend begann, warnten Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und andere Spitzenpolitiker London vor Ro-

sinenpickerei und verlangten eine zügige Eröffnung der Austrittsverhandlungen. Ein »doppeltes Spiel« werde nicht akzeptiert, erklärte etwa Belgiens Premierminister Charles Michel. Wie sich der britische Premier David Cameron und seine Regierung das weitere Vorgehen beim Brexit vorstellen, wollte er bei dem Treffen erläutern.

Merkel machte bereits unmittelbar zuvor in einer Sondersitzung des Bundestags deutlich, dass sie Großbritannien keine Sonderrolle zugestehen will. »Wir werden sicherstellen, dass die Verhandlungen nicht nach dem Prinzip der Rosinenpickerei geführt werden«, sagte sie in ihrer Regierungserklärung. »Es muss und es wird einen spürbaren Unterschied machen, ob ein Land Mitglied der Familie der Europäischen Union sein möchte oder nicht.« Zudem würden erst nach einer britischen Austrittserklärung Scheidungsverhandlungen aufgenommen – anders als

sich das viele in London vorstellen. EU-Ratspräsident Donald Tusk plant bereits ein weiteres informelles Gipfeltreffen ohne Großbritannien. Dazu will er für September einladen, wie er ankündigte. Bereits am Mittwoch tagen die Staats- und Regierungschefs in diesem neuen 27er-Format.

Nicht nur auf politischer Ebene wird unterdessen die Tragweite der Entscheidung der britischen Wähler mit jedem Tag deutlicher. Auch wirtschaftliche Folgen stellen sich bereits nach und nach ein. So stuften die Ratingagenturen Standard & Poor's und Fitch Großbritannien herab. Damit kann es für London teurer werden, Kredite aufzunehmen. Die Agenturen verwiesen auf die unsichere Lage nach dem Brexit-Votum. Sie verbanden ihre Entscheidung mit einer negativen Perspektive, womit weitere Herabstufungen möglich erscheinen.

Einen weiteren Teil seiner Kreditwürdigkeit zu verlieren, würde

mit Sicherheit nicht so sehr schmerzen wie der Verlust eines Landesteiles – den treibt die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon weiter voran. Am Mittwoch reist sie für Gespräche über Schottlands künftige Rolle in der EU nach Brüssel. Vor dem schottischen Regionalparlament sagte sie am Dienstag, sie sei entschlossen, »Schottlands Beziehung zur EU zu bewahren«. *Mit Agenturen* Seiten 2, 3 und 19

Lesen Sie heute im Ratgeber

Behandlungsfehler: Was tun bei Verdacht?

Arbeiten in den Ferien: Fiskus hat Auge drauf

Über das Umtausch- und Reklamationsrecht

Millionen Kinder sind zu retten

UNICEF verweist auf Gefahren durch Krankheiten, Hunger und Armut

Köln. Trotz großer Fortschritte in den vergangenen 25 Jahren leben weltweit noch immer Millionen Kinder unter unhaltbaren Bedingungen. Bis zum Jahr 2030 werden nach UNICEF-Schätzungen allein 69 Millionen Jungen und Mädchen unter fünf Jahren an vermeidbaren Krankheiten sterben, wenn nichts dagegen unternommen wird. Besonders dramatisch ist die Lage laut dem am Dienstag veröffentlichten Jahresbericht des UN-Kinderhilfswerks im südlichen Afrika.

Wenn sich an der aktuellen Entwicklung nichts ändert, werden laut Bericht bis 2030 weltweit 167 Millionen Kinder in extremer Armut leben. In Afrika südlich der Sahara seien davon dann neun von zehn Kindern betroffen. Bereits jetzt leiden dort zwei von drei Kindern – insgesamt 247 Millionen Mädchen und Jungen – unter Armut. Das Hilfswerk forderte die Staaten auf, mehr Geld in die Überwindung von Armut und sozialer Benachteiligung zu stecken. Das effektivste Mittel dagegen sei Bildung, heißt es im UNICEF-Bericht. *epd/nd* Kommentar Seite 4

Alles offen bei der Endlagersuche

Bundestagskommission beschließt nach zwei Jahren Abschlussbericht

Berlin. Die Endlagerkommission des Bundestages hat sich auf Empfehlungen für die Suche nach einem Standort zur Lagerung von Atommüll geeinigt. Der Abschlussbericht wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die zweijährige Arbeit der Kommission endete in der Nacht zum Dienstag nach einem letzten 13-stündigen Beratungsmarathon. Das Gremium aus Abgeordneten, Wissenschaftlern und Verbandsvertretern formulierte die Kriterien so, dass völlig offen bleibt, in welchem Bundesland die abgebrannten Brennelemente letztlich gelagert werden sollen.

Versuche, die Anforderungen so zu fassen, dass eine Lagerung in Salzgestein oder Granitgestein von vorneherein ausgeschlossen wäre, wurden von der Mehrheit abgelehnt. »Ich hoffe, dass es in der bald beginnenden Endlagersuche nicht weiterhin bayerische und sächsische Bestrebungen gibt, sich aus der Verantwortung zu stehlen«, sagte die atompolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Sylvia Kotting-Uhl. *dpa/nd* Seiten 4 und 16

Volkswagen zahlt Rekordsumme

Einigung zwischen Autokonzern und US-Behörden nach Abgasskandal

Washington. Es ist die höchste Entschädigungssumme in der Geschichte der Automobilindustrie: 14,7 Milliarden Dollar will Volkswagen in den USA ausgeben, um den Abgasskandal zu bewältigen. Eine entsprechende Vereinbarung mit den US-Behörden wurde am Dienstag bekanntgegeben. Die Einigung mit dem US-Justizministerium, Umweltbehörden, der Wettbewerbsbehörde FTC sowie den Vertretern von Privatklägern muss noch von einem Bundesrichter in San Francisco abgesegnet werden. Dafür wurde ein Zeitrahmen bis Anfang Oktober gesetzt.

Volkswagen-Chef Matthias Müller dankte den US-Kunden für ihre »anhaltende Geduld«. »Wir wissen, dass wir noch viel Arbeit vor uns haben, um das Vertrauen des amerikanischen Volkes zurückzugewinnen«, erklärte er in einer Pressemitteilung. Entschädigungszahlungen an deutsche und andere europäische Kunden lehnt der Autobauer allerdings weiterhin ab, was von Verbraucherschutzorganisationen heftig kritisiert wird. *AFP/nd* Seite 17

ISSN 0323-3375

